
Neue Studie des Kronberger Kreises: Unternehmensbesteuerung unter Wettbewerbsdruck



Angesichts umfangreicher Steuerreformen in den USA und weiteren Mitgliedstaaten der OECD steht die Unternehmensbesteuerung verstärkt unter Wettbewerbsdruck. Die Bundesregierung setzt bislang darauf, sich in diesem Wettbewerb passiv zu verhalten und riskiert damit, dass der deutsche Wirtschaftsstandort international an Attraktivität einbüßt und

Steueraufkommen verlorengelassen. Die deutsche Steuerpolitik sollte stattdessen eine effektive Balance zwischen internationaler Koordination und optimaler Positionierung des eigenen Standorts anstreben. Wie das erreicht werden kann und welche Reformen Deutschland im Bereich der Unternehmensbesteuerung benötigt, ist Gegenstand dieser Studie.

Der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, kommt in seinen Analysen zu dem Schluss, dass sich die steuerlichen Rahmenbedingungen in Deutschland nicht zu weit von denen der anderen Länder entfernen dürfen und fordert die Bundesregierung dazu auf, den internationalen Steuerwettbewerb anzunehmen und eigene Akzente zu setzen. Insbesondere sollte Deutschland die Körperschaftsteuer reduzieren sowie eine steuerliche Forschungsförderung und Patentboxen einführen, um mit seinen Nachbarstaaten und Handelspartnern steuerlich auf Augenhöhe zu agieren. Europäische Mindeststeuern oder die Einführung einer Steuer auf digitale Geschäftsmodelle sollte Deutschland im eigenen und im europäischen Interesse hingegen ablehnen.

Gefährliche Zwischenlösung - Digitalsteuer um jeden Preis?

Gefährliche Zwischenlösung - Digitalsteuer um jeden Preis?

Zusammenfassung einer Kurzinformation: Zwischenlösung

Die Idee der Europäischen Kommission zur Einführung einer Digitalsteuer ist ein gewisses Maß an Fortschritt. Dennoch ist die Lösung nicht ohne erhebliche Risiken zu sehen.

- Die Digitalsteuer würde zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen führen, da sie nur für digitale Unternehmen und nicht für traditionelle Unternehmen gilt.
- Die Digitalsteuer würde zu erheblichen Ungerechtigkeiten führen, da sie nur für digitale Unternehmen und nicht für traditionelle Unternehmen gilt.
- Die Digitalsteuer würde zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen führen, da sie nur für digitale Unternehmen und nicht für traditionelle Unternehmen gilt.
- Die Digitalsteuer würde zu erheblichen Ungerechtigkeiten führen, da sie nur für digitale Unternehmen und nicht für traditionelle Unternehmen gilt.

Die Digitalsteuer ist eine unüberlegte Zwischenlösung, die die steuerrechtlichen Herausforderungen der Digitalisierung nicht löst, sondern nur um jeden Preis einführt. Sie ist ein gefährliches Experiment, das zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen und steuerlichen Ungerechtigkeiten führen wird.

Zusammenfassung

Die Digitalsteuer ist eine unüberlegte Zwischenlösung, die die steuerrechtlichen Herausforderungen der Digitalisierung nicht löst, sondern nur um jeden Preis einführt. Sie ist ein gefährliches Experiment, das zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen und steuerlichen Ungerechtigkeiten führen wird.

Die Europäische Kommission und zahlreiche Mitgliedstaaten der EU planen die Einführung einer europäischen Digitalsteuer. Damit soll auf die steuerrechtlichen Herausforderungen der Digitalisierung reagiert werden - zunächst im Rahmen einer schnellen Zwischenlösung.

Manche Argumente für die Digitalsteuer klingen bei oberflächlicher Betrachtung durchaus einleuchtend, bei näherer Betrachtung erweisen sie sich jedoch als trügerisch. Die Digitalsteuer dürfte jedes ihrer Ziele verfehlen und tatsächlich bestehende Probleme bei der Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle würden nicht nur nicht gelöst, sondern es käme zu neuen Wettbewerbsverzerrungen und steuerlichen Ungerechtigkeiten. Die langfristigen Risiken und potenziellen Kosten einer derart unüberlegten Zwischenlösung wären gleichsam erheblich. Die Kurzinformation „Gefährliche Zwischenlösung - Digitalsteuer um jeden Preis?“ zeigt die erheblichen Mängel des Richtlinienentwurfs und seine Risiken auf.

Die [Kurzinformation](#) steht auch als [englische Fassung](#) zur Verfügung.

Abgeltungssteuer

© 2019
Marktwirtschaft

KURZINFORMATION

10.10.2019

(Abschaffung der) Abgeltungssteuer – sinnvoll oder sinnlos?

Die von Bundesregierungen und Parteien in Deutschland im vergangenen Jahr diskutierten Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist. Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist. Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist.

Abgeltungssteuer und automatisierter Informationsaustausch

Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist. Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist. Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist.

- Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist.
- Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist.
- Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist.
- Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist.

Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist. Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist. Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist.

Die Abschaffung der Abgeltungssteuer

Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist. Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist. Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist.

- Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist.
- Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist.
- Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist.
- Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist.

Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist. Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist. Die Abschaffung der Abgeltungssteuer ist ein Thema, das für die Steuerpolitik von großer Bedeutung ist.

Die Abgeltungssteuer ist seit ihrer Einführung umstritten – die Besteuerung von Kapitalerträgen ist ein sensibles Thema, für die Bezieher von Kapitalerträgen genauso wie für diejenigen, die keine beziehen. Mit Einführung des automatisierten Informationsaustauschs steht die Abgeltungssteuer auf dem Prüfstand – die teilweise Abschaffung der Abgeltungssteuer auf Zinserträge ist Teil des Sondierungsergebnisses von Union und SPD.

Doch ist dies wirklich sinnvoll oder braucht der Standort Deutschland nicht längst umfassendere Steuerstrukturreformen? Die Kurzinformation zur Abgeltungssteuer fasst den aktuellen Stand der Diskussion zur Abgeltungssteuer zusammen und bewertet die von der Politik derzeit angedachten Änderungen.

Vereinfachung und Entlastung: Steuerreform überfällig!

Steuerpolitisch waren die letzten Jahre von Stillstand geprägt. Bestenfalls blieb der Status quo erhalten, oft wurden eher bestehende Gesetze zu Lasten des Steuerzahlers verkompliziert. Es ist Zeit für echte Reformen, die Leistungsträger aus der Mitte der Gesellschaft entlasten und die zugleich überfällige Steuervereinfachungen mit sich bringen.

Strukturveränderungen sind noch wichtiger als Steuersätze – aber derzeit gilt es vor allem, von immer neuen Belastungsideen zu Entlastungsdebatten zu kommen. Deshalb hat die Stiftung Marktwirtschaft aktuelle Reformüberlegungen in bewährter Zusammenarbeit mit dem Freiburger Forschungszentrum Generationenverträge begleitet. Die Ergebnisse sind [hier einsehbar](#).

Von einer Verdopplung des Werbungskostenpauschbetrags profitieren fast alle Steuerzahler – und auch die Verwaltung, denn für die überwiegende Mehrheit der Steuerzahler entfällt so die Notwendigkeit, Werbungskosten über Belegeinreichung nachzuweisen.

Eine Glättung des „Mittelstandsbauchs“ bzw. der zu steil ansteigenden Progressionskurve wurde schon häufig versprochen. Weit verbreitet ist die Erkenntnis und groß die Kritik daran, dass der Spitzensteuersatz viel zu früh einsetzt. Trotzdem wurde über lange Zeit im Zweifel lieber der Sozialstaat und die Ausgabenseite ausgedehnt, als die zu ermutigen, die ihn finanzieren. Mit einer Tarifanpassung würden endlich Leistungsanreize gesetzt und eine Entlastung der Mittelschicht erreicht, die so Spielräume erhält, eigenverantwortlich für das Alter, Kinder und die Risiken des Lebens vorzusorgen.

	Ursprünglicher Tarif		Veränderter Tarif	
	Einkommen	Grenzsteuersatz	Einkommen	Grenzsteuersatz
Grundfreibetrag	8.652 €	0%	8.652 €	0%
Beginn 1. Zone	8.653 €	14%	8.653 €	14%
Ende 1. Zone	13.669 €	24%	13.669 €	20%
Ende 2. Zone	53.665 €	42%	60.000 €	42%
Ende 3. Zone	254.446 €	42%	254.446 €	45%
Obere Proportionalzone	254.447 €	45%	254.447 €	45%

Ein weiterer Knackpunkt ist die Entlastung von Familien und Alleinerziehenden. Durch eine Anhebung des Kinderfreibetrags auf einen, leicht erhöhten Grundfreibetrag, werden Familien entlastet. Eine gleichzeitige, entsprechende Anpassung des Kindergeldes sorgt dafür, dass diese Entlastung alle Familien und auch Alleinerziehende erreicht.

Die Stiftung Marktwirtschaft setzt sich seit langem für ein einfaches, gerechtes und transparentes Steuerrecht ein - unsere konkreten und detaillierten Vorschläge dazu liegen vor.

[Vorschläge der Kommission „Steuergesetzbuch“](#)

Position zur Abgeltungssteuer



Die Besteuerung von Kapitalerträgen ist ein sensibles Thema: für die

Bezieher von Kapitalerträgen, aber auch für diejenigen, die keine beziehen.
Die Abgeltungsteuer galt bei Einführung als attraktive und moderne Besteuerung von Kapitalerträgen und sollte dem Schutz vor Kapitalflucht und zur Verfahrensvereinfachung dienen. Macht die geplante Einführung des automatischen Informationsaustauschs die Abgeltungsteuer obsolet? Wäre ein erneuter Systemwechsel wirklich sinnvoll und wenn ja, zu welchen Bedingungen?

Lesen Sie hierzu unser Positionspapier [Die Abgeltungsteuer - ein Auslaufmodell?! \(November 2015\)](#)

Mehr Steuerautonomie für Länder und Kommunen: Zugewinn an Transparenz, Bürgernähe und Bürgerbeteiligung

So könnte das für den Steuerzahler auf dem Einkommensteuerbescheid aussehen:

Item	vorher	nachher
Festsetzung		
Einkommensteuer €	18.000	18.000
Festgesetzt werden.....	18.000	Bund 7.650 Land 7.650 Kommune 2.700 Gesamt 18.000

Der Anteil Ihrer Einkommensteuerbelastung (18.000 €) bezogen auf das zu versteuernde Einkommen (65.000 €) beträgt 27,7%.

(* Hier ist Nordrhein-Westfalen Vorreiter: Die Angabe der durchschnittlichen Steuerbelastung des Einzelnen erfolgt dort seit März 2014.)

Von 2020 an greift die Schuldenbremse in den Ländern. Zuvor läuft 2019 der Solidarpakt II aus; auch der Länderfinanzausgleich muss neu geregelt

werden. Nun, da ohnehin nahezu alles auf den Prüfstand kommt, besteht die Chance, – in stärkerem Maß als bisher in der Praxis – den Zusammenhang von Einnahme- und Ausgabenverantwortung herzustellen und mehr Steuerklarheit zu schaffen:

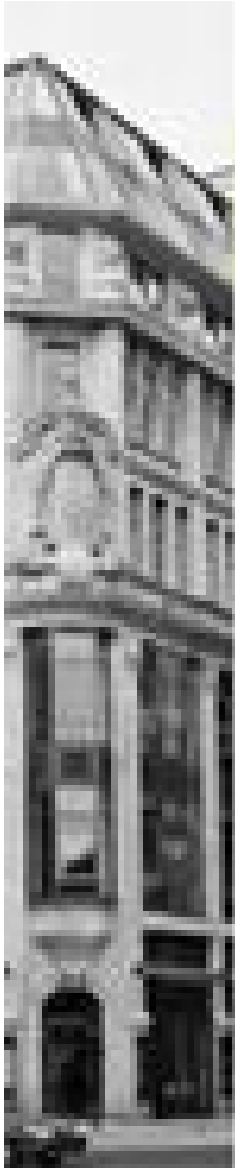
Die regionale und kommunale Einkommensteuerautonomie ist ein solches Schlüsselement, um strukturelle Reformblockaden im politischen System, in Öffentlichen Haushalten sowie im Steuersystem aufzubrechen und Wachstumspotentiale zu nutzen. Autonomie bei der Einkommensteuer würde für Länder und Kommunen mehr Handlungsfähigkeit und im Hinblick auf Steuertransparenz einen großen Fortschritt bedeuten.

Der Vorschlag der Stiftung Marktwirtschaft: Lesen Sie hierzu auch:

[Argument](#)

[Kurzinformation](#)

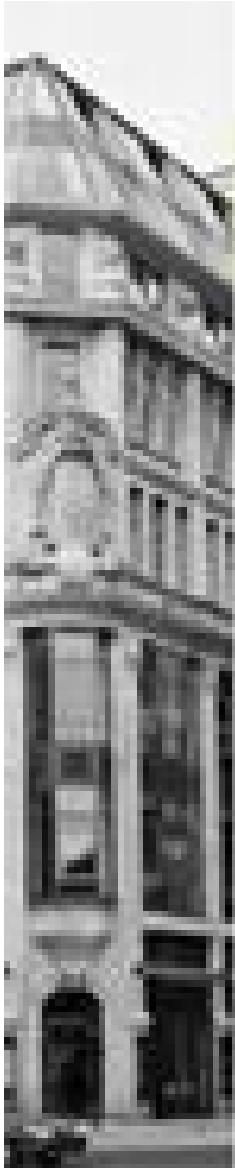
Kalte Progression



Die kalte Progression ist kein reines Steuerthema sondern ein grundlegendes, demokratisches Thema. Die Frage „Was darf der Staat und was darf er nicht?“ ist gleichrangig neben den Fragen „Was bedeutet kalte Progression, wen betrifft sie und wie kann man dagegen vorgehen?“ zu sehen.

Lesen Sie hierzu unser [Positionspapier kalte Progression \(Mai 2014\)](#).

Steuerlegenden



Gerade im Vorfeld einer Bundestagswahl werden viele Legenden über Steuern neu verbreitet. Getreu der Forderung nach mehr Transparenz im Steuerrecht hat es die Stiftung Marktwirtschaft unternommen, einigen populären Steuerlegenden auf den Grund zu gehen und diese (teilweise) zu widerlegen.

Lesen Sie hierzu unser [Positionspapier Steuerlegenden \(Juli 2013\)](#).

Das reformbedürftige Steuersystem: intransparent,

ungerecht, verfahren



Steuerpolitik wirkt sich auf jeden Bürger aus. Sie ist Gesellschaftspolitik pur und ein ständiges Ringen um die richtige Balance: Zwischen Gebern und Empfängern, zwischen „Steuervollzahlern“ und von Ausnahmen Begünstigten. Ähnlich verhält es sich bei Bund, Ländern und Kommunen, zwischen Haushalts- und Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitikern, zwischen Reformern und Besitzstandswahrern.

In dem soeben erschienenen Buch „Steuerpolitik: Analysen – Konzeptionen – Herausforderungen“ macht Prof. Michael Eilfort in seinem Beitrag deutlich, wie groß der Reformbedarf des deutschen Steuersystems ist. Transparenz, Vereinfachung und Gerechtigkeit liegen noch in weiter Ferne. Die Publikation wurde im Wochenschau-Verlag veröffentlicht und kostet 9,80 Euro.

Mit einem Klick auf diesen Link gelangen Sie zur [Buchveröffentlichung](#).

Reform der Kommunal Finanzen: Gutachten

Mit dem von der Kommission „Steuergesetzbuch“ unter dem Dach der Stiftung Marktwirtschaft entwickelten Lösungsansatz in Form eines Vier-Säulen-Modells konnte ein in Fachkreisen hochgelobtes Reformkonzept entwickelt werden, das auch in Reihen der Politik beträchtliche Unterstützung gefunden hat.

Das ursprüngliche Vier-Säulen-Modell zur Reform der Kommunal Finanzen wurde nun weiterentwickelt und erneut in den politischen Diskussionsprozess eingebracht. Dabei wurde das bisherige Konzept durch Ausklammerung der Grundsteuer (sie bleibt unverändert) auf drei tragende Säulen verschlankt: Die Gemeindefinanzierung hängt danach nicht mehr an der volatilen Gewerbesteuer, sondern steht gleichmäßiger auf mehreren tragenden Säulen: der Lohnsteuer, der kommunalen Unternehmensteuer, der Grundsteuer wie gehabt und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Diesen Prozess begleitet und unterstützt die Stiftung Marktwirtschaft wissenschaftlich.

Das Land Niedersachsen hat jüngst in Abstimmung mit der Stiftung den Vorschlag flächendeckend für alle niedersächsischen Kommunen vom Statistischen Bundesamt durchrechnen lassen. Die Berechnungen sind im nachfolgenden abrufbar:

[Bericht zur Quantifizierung des „Niedersächsischen Modells zur Gemeindefinanzreform“ \(Kurzfassung\)](#)

[Anmerkungen zum Niedersächsischen Modell der Gemeindefinanzierung](#)

Mehrwertsteuer



Die Stiftung Marktwirtschaft plädiert seit Jahren für einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz. Ein Satz von 17% sollte auf alles erhoben werden, was heute der Mehrwertsteuer unterliegt.

Lesen Sie hierzu auch:

[Pressemitteilung vom 29.10.2012](#)

[Positionspapier zur Mehrwertsteuer \(Oktober 2012\)](#)

[Gutachten von Prof. Joachim Englisch vom 16.03.2009](#)

[Tagungsbericht zur Mehrwertsteuer vom 15.10.2009](#)

Interview mit Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, zur Neuordnung der Kommunalfinanzen / Gewerbesteuer

WIRTSCHAFT REGIONAL, 02/2010, S. 24
TITELTHEMA - Kommunen vor der Pleite?

P

Reform des Steuersystems

Steuerexperten der **Stiftung Marktwirtschaft** haben vorgeschlagen, die Gewerbesteuer abzuschaffen und damit eine umfassende Reform des deutschen Steuersystems einzuleiten.

Die Kommission „Steuergesetzbuch“ unter dem Dach der Stiftung Marktwirtschaft engagiert sich für ein wettbewerbsfähiges, transparentes und gerechtes Steuersystem, das greifende Anreize zu Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft setzt und für Vertrauen und Rechtssicherheit als Grundlage von Investitionen und Konsum sorgt. Seit Juli 2004 haben über 70 Experten aus allen damals im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, aus

Wissenschaft, Rechtsprechung, Verwaltung, Unternehmen und Beratung in der Kommission zusammengewirkt. Sie haben das Gesamtkonzept für eine umfassende Ertragsteuerreform als Angebot an die Politik erarbeitet, mit in sich schlüssigen Lösungen für die Bereiche Unternehmensbesteuerung, Kommunalfinanzen und Einkommensteuer. Um eine Umsetzung zu erleichtern, hat die Kommission „Steuergesetzbuch“ eine Aufteilung in einzelne

Schritte vorgesehen und das Gesamtsystem sehr flexibel angelegt. Zudem hat sich die Kommission der Diskussion um Steuersätze wie Tarifverläufe bewusst enthalten und ihre Anregungen an den Maßgaben „Vereinfachung vor Entlastung“, „Strukturen vor Sätze“ und „Evolution vor Revolution“ orientiert.

Ein einfaches und praktikables Steuersystem, das im Kern auf bestehenden Prinzipien basiert,

Die Stiftung Marktwirtschaft

Die Stiftung Marktwirtschaft steht für ordnungspolitisches Denken und Handeln. Um Deutschland zukunftsfähig zu gestalten, sind Freiheit, Wettbewerb und Verantwortung zu stärken, Leistungsgerechtigkeit und Solidarität auszubalancieren – geleitet von der Überzeugung, dass der Markt für die Gesellschaft mehr Freiheit und Wohlstand hervorbringen kann als staatliches Handeln. Der Staat ist wichtig, als Schiedsrichter, nicht als Mitspieler. Wir alle müssen Marktwirtschaft auch wieder als ethisches Konzept verstehen und unsere Eigenverantwortung sehen. Staatliche Eingriffe hemmen sogar in vielen Lebensbereichen Dynamik und Eigeninitiative und haben erst zu den Problemen beigetragen, für die nun die Marktwirtschaft als Sündenbock dargestellt wird. In dieser Situation zeigt die Stiftung Marktwirtschaft mit konkreten Konzepten Lösungswege auf. Wir wollen Politik und Öffentlichkeit für mehr Freiheit in Verantwortung, für mehr Wettbewerb und Transparenz, für mehr Eigeninitiative, Chancen- und Leistungsgerechtigkeit gewinnen:

- mit wissenschaftlichen wie praxisbezogenen Veröffentlichungen (Studien des Kronberger Kreises, Argumente, Tagungsberichte, Blickpunkt Marktwirtschaft),
- auf themenbezogenen Tagungen und Konferenzen, z.B. zur „Sozialen Gerechtigkeit“ oder der Vorstellung eines neuen Einkommensteuergesetzes,
- durch Gespräche mit Entscheidungsträgern in Politik und Gesellschaft.

Unabhängig von Parteien und unbeeinflusst von Interessengruppen entwickeln wir zukunftsweisende Reformvorschläge. Die Stiftung Marktwirtschaft erhält keine staatlichen Mittel, sondern finanziert sich durch Stiftungskapital, Publikationen sowie private Unterstützung. Damit bleiben wir unabhängig.

Hier können Sie die ausführliche Berichterstattung von WiR-Wirtschaft Regional, Press-Medien, nachlesen:

[/2010-02_WIRTSCHAFT_REGIONAL-Steuern/](#)

Meldungen und Beiträge zum Thema

23. November 2018

Kronberger Kreis fordert Bewegung Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb

Der wissenschaftliche Beirat der
Stiftung Marktwirtschaft warnt davor,
dass Deutschland ohne eigene
Anstrengungen in wenigen Jahren die
höchste unternehmerische
Steuerbelastung in Europa aufweisen
wird. In seiner neuen Studie gibt der
Kronberger...

[Weiterlesen](#)

Kronberger Kreis-Studien Erbsteuer: Neu ordnen statt nachbessern

Nachdem das
Bundesverfassungsgericht im
Dezember 2014 das geltende
Erbsteuerrecht für...

[Weiterlesen](#)

Argumente zu Marktwirtschaft
und Politik **Autonomie**

für Länder und Kommunen bei der Einkommensteuer

In vielen der 12.227 deutschen
Kommunen ebenso wie in den
meisten der 16 deutschen Länder
liegt... [Weiterlesen](#)

Steuergesetz- buch



Gesetzentwürfe für ein neues
Steuersystem

Die Arbeit der [Kommission](#)
„Steuergesetzbuch“

Publikationen

[Staatscompliance - Update 2018](#)

[Digitalsteuer](#)

[Abgeltungsteuer](#)

[Erbschaftsteuer](#)

[Einkommensteuerautonomie](#)

[Compliance](#)

[Finanztransaktionsteuer](#)

Kalte Progression

Kommunalfinanzen

Mehrwertsteuer

Steuerlegenden

Vermögensteuer

Vergangene Veranstaltungen zum Thema

